



Rot-Grün-Rotes Regierungshandeln mit Empfehlungen aus der Bauwirtschaft

Die Rot-Grün-Rote Koalition hat viele gute und wichtige Ansätze in ihrem gut 150-seitigen Vertrag formuliert. Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage für das Handeln der Landesregierung in den nächsten fünf Jahren. Allerdings bewegt sich der neue Berliner Senat in einem Spannungsfeld zwischen von der Situation in Berlin diktierten und politisch motivierten Zielen auf der einen und den dafür notwendigen Voraussetzungen auf der anderen Seite.

Hier einige Beispiele: Das Thema Bekämpfung der Schwarzarbeit wird im Koalitionsvertrag nicht erwähnt. Stattdessen wird eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft angekündigt, die sich auf Verstöße nach dem Betriebsverfassungsrecht fokussieren soll. Es ist eine Ausbildungsoffensive für die Bauwirtschaft geplant. Auf der anderen Seite wird die Stärkung der Oberstufenzentren formuliert. Auch sollen Dächer und Fassaden begrünt werden, was sich in höheren Baukosten niederschlägt und auf der anderen Seite sollen verstärkt bezahlbare Wohnungen gebaut werden.

Auch die Mittelstandsfreundliche öffentliche Vergabe wird eher nur beiläufig erwähnt – hier fehlt es an einem klaren und unmissverständlichen Bekenntnis der Koalitionäre.

Der Fachgemeinschaft Bau ist es gelungen, einige wichtige Forderungen aus der Bauwirtschaft im Rot-Grün-Roten Koalitionsvertrag unterzubringen. Zum Beispiel bekennt sich die neue Landesregierung klar zur Aufnahme einer Genehmigungsfiktion bei den Genehmigungen nach Straßenrecht. Das fordert die Fachgemeinschaft wegen der bis zu 18 Monate dauernden Genehmigungsverfahren bereits seit zwei Jahren.

Auch das von der Fachgemeinschaft geforderte Bündnis für Wohnungsneubau ist Bestandteil des Koalitionsvertrages geworden.

Im Bereich Infrastrukturausbau hat die Koalition einen Großteil der Forderungen des Bündnisses Schiene, in dem die Fachgemeinschaft Gründungsmitglied ist, übernommen. Das macht den Weg frei zu einem langfristigen verstärkten Ausbau von Schienennetz, Bahnhöfen und Zubringerinfrastruktur wie Bushaltepunkten und Straßen weit über die bisherigen Planungen hinaus.

Die Fachgemeinschaft wird die Umsetzung dieser Punkte aus dem Koalitionsvertrag konstruktiv begleiten und darauf drängen, dass die angesprochenen Spannungsfelder nicht zu Lasten der Bauwirtschaft aufgelöst werden.

Kontakt

Thomas Herrschelmann

Tel.: 030 / 86 00 04-57

E-Mail.: herrschelmann@fg-bau.de